1. Anlass und Zweck der Neuregelung:

Fortschreiten der Ausbreitung des Maiswurzelbohrers in westlicher Richtung in inneralpine Gebiete der Steiermark (Ennstal und Murtal).

Zusammenführung der Bezirke Judenburg und Knittelfeld zum Bezirk Murtal.

Verringerung der Ausbringung von gebeiztem Maissaatgut.

2. Inhalt:

Anpassung des etablierten Gebietes an den aktuellen Verbreitungsstand des Maiswurzelbohrers.

Änderung der Gebote in den etablierten Gebieten.

3. Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Verkürzung des Begutachtungsverfahrens auf zwei Wochen. Dies ist im Hinblick auf die anstehende Anbauplanung 2012 erforderlich.

4. Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Kein Umsetzungserfordernis.

5. Kostenfolgen der beabsichtigten Regelung:

Gemeinden: keine

Land: keine weiteren Kosten, da die Anzahl der Fallen nicht erhöht wird.

Bund: keine

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

1. Anlass und Zweck der Neuregelung:

Fortschreiten der Ausbreitung des Maiswurzelbohrers in westlicher Richtung in inneralpine Gebiete der Steiermark (Ennstal und Murtal).

Zusammenführung der Bezirke Judenburg und Knittelfeld zum Bezirk Murtal.

Anpassung des etablierten Gebietes an den aktuellen Verbreitungsstand.

Verringerung der Ausbringung von neonicotinoidgebeiztem Maissaatgut.

2. Inhalt:

Grundlage für die Bekämpfung des Maiswurzelbohrers in der Steiermark ist die mit 1.6.2004 in Kraft getretene Maiswurzelbohrerverordnung.

Gemäß § 8 der Verordnung müssen die Landwirte in den etablierten als Maßnahme gegen den Maiswurzelbohrer eine Fruchtfolge einhalten.

Maiswurzelbohrermonitoring 2011:

Im Jahr 2011 sind insgesamt 42 Fallen (davon 36 Fallen im etablierten Gebiet und 6 Fallen außerhalb des etablierten Gebietes) in der 26. Woche aufgestellt und bis einschließlich 38. Woche einmal wöchentlich kontrolliert worden. Im Abstand von 4 Wochen ist ein Fallenwechsel erfolgt.

Im Beobachtungszeitraum wurden in allen Fällen im etablierten Gebiet und außerhalb des etablierten Gebietes Käfer gefangen. Die Fallenstandorte und die Fangzahlen sind im Internet auf der Landeshomepage abrufbar (Maiswurzelbohrerkarte).

Anpassung des etablierten Gebietes:

Die Monitoringergebnisse zeigen, dass der Maiswurzelbohrer in das Paltental und in das Ennstal sowie im oberen Murtal in westlicher Richtung weitergewandert ist. Daraus ergibt sich das Erfordernis, das etablierte Gebiet gemäß § 7 der Maiswurzelbohrerverordnung an die aktuelle Verbreitung anzupassen und um die vom Fortschreiten betroffenen Gemeinden zu erweitern.

Maßnahmen im etablierten Gebiet:

Auf Grund der potentiellen Bienengefährdung durch neonicotinoidgebeiztes Maissaatgut sollen die Maßnahmen in einer Weise angepasst werden, die zu einer Verringerung der Ausbringung von gebeiztem Saatgut führen.

3. Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Verkürzung des Begutachtungsverfahrens auf zwei Wochen. Diese ist im Hinblick auf die Vorbestellung und Bereitstellung des gebeizten Saatgutes erforderlich.

4. Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Kein Umsetzungserfordernis.

5. Kostenfolgen der beabsichtigten Regelung:

Gemeinde: keine

Land: keine weiteren Kosten, da die Anzahl der Fallen nicht erhöht wird.

Bund: keine

II. Besonderer Teil

Zu § 7 Abs. 2:

Folgende politische Gemeinden sollen auf Grund der Monitoringergebnisse 2011 zusätzlich als etabliertes Gebiet gelten:

Leoben: Kalwang, Mautern, Wald am Schoberpass

Liezen: Aigen im Ennstal, Gaishorn am See, Irdning, Lassing, Liezen, Mitterberg, Niederöblarn, Öblarn, Pürgg-Trautenfels, Rottenmann, Selzthal, Sankt Martin am Grimming, Stainach, Treglwang, Trieben, Weißenbach bei Liezen, Wörschach

Murtal: Oberkurzheim, Pöls, Rachau, Sankt Georgen ob Judenburg, Sankt Peter ob Judenburg, Unzmarkt-Frauenburg

Unter Berücksichtigung dieser Erweiterung sollen daher die im Verordnungsentwurf angeführten Bezirke und Gemeinden zukünftig als etabliertes Gebiet gelten.

Zu § 8:

Nach den Zwischenergebnissen des Bund-Bundesländer-Kooperationsprojektes „Untersuchungen zum Auftreten von Bienenverlusten in Mais- und Rapsanbaugebieten Österreichs und möglicher Zusammenhänge mit Bienenkrankheiten und dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln“ (Projekt-Akronym: MELISSA) muss bei intensiver Verwendung von neonicotinoidgebeiztem Saatgut davon ausgegangen werden, dass es trotz strenger Auflagen hinsichtlich abdriftmindernder Maßnahmen und intensiver Kontrollen zu Bienenschäden unter möglicher Beteiligung von Pflanzenschutzmitteln (Beizmitteln) kommen kann. Der Einsatz von neonicotinoidgebeiztem Maissaatgut soll daher verringert werden.

Zu Z. 1:

Die Fruchtfolge stellt das am besten wirksame Mittel zur Bekämpfung des Schadorganismus dar und ist daher als verpflichtende Maßnahme vorzusehen. Der Anteil von Mais in der Fruchtfolge richtet sich nach den betrieblichen Gegebenheiten und Möglichkeiten. Um den Betrieben die Anpassung an die Verpflichtung einer Fruchtfolge mit höchstens dreimal Mais in vier Jahren auf einer Ackerfläche zu ermöglichen, sollen für die Fruchtfolge die Kulturen ab dem Jahr 2012 maßgeblich sein. Dies ermöglicht es Betrieben, der Verpflichtung z. B. durch den Anbau von Nichtmais auf jährlich einem Viertel der Ackerflächen, beginnend mit dem Jahr 2012 nachzukommen. Damit die Maßnahme gegen den Maiswurzelbohrer wirksam ist – durch den Anbau von Nichtmais nach Mais fehlt den aus den überwinterten Eiern schlüpfenden Larven die Maiswurzel als Nahrung und sie sterben daher ab – muss diese Fruchtfolge innerhalb von 4 Jahren auf allen Ackerflächen eines Betriebs eingehalten werden.

Gegenüber der geltenden Rechtslage, wonach alternativ zur Fruchtfolge eine geeignete chemische Behandlung durchzuführen ist, soll nunmehr die Fruchtfolge verpflichtend sein. Durch den Entfall des im bisherigen § 8 Z. 2 lit. a normierten Verbots der Verwendung von neonicotinoidgebeiztem Maissaatgut gegen den Maiswurzelbohrer nach einer nicht vom Maiswurzelbohrer gefährdeten Vorfrucht, tritt praktisch keine Änderung der Rechtssituation ein, zumal die zugelassenen Anwendungsbestimmungen für das zur Beizung verwendete Pflanzenschutzmittel „Poncho“ unter Punkt 9. „Sonstige Auflagen und Hinweise“ u.a. vorsehen: „Keine Ausbringung des behandelten Saatgutes zur Bekämpfung des Maiswurzelbohrers auf Flächen im ersten Anbaujahr (erstmalig Mais bzw. neuerlich Mais nach einer anderen Vorfrucht), hiervon ausgenommen sind die Ausbringung von behandeltem Vorstufen- und Basissaatgut zur Saatmaisproduktion sowie die Ausbringung im Rahmen von amtlichen oder amtlich bewilligten Versuchen.“

Zu Z. 2:

Die verpflichtend vorgesehenen Aufzeichnungen über die angebauten Kulturen, das verwendete Maissaatgut (insektizidgebeizt oder nicht) sowie die verwendeten Pflanzenschutzmittel gegen den Maiswurzelbohrer und die mindestens vierjährige Aufbewahrung sind erforderlich, um die ordnungsgemäße Durchführung der Maßnahmen durch die Landesregierung überprüfen zu können.